Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 32 (1976)
Heft: 1-2

Artikel: Misstöne und Gleichklang in Mexico-City
Autor: Nabholz-Haidegger, Lili
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-845614

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Misstöne und Gleichklang in Mexico-City

Die Mitgliederversammlung unseres Vereins vom Monat Dezember war noch einmal dem «Jahr der Frau» gewidmet. **Dr. iur. Lili Nabholz-Haidegger,** die als Delegierte der Schweiz an der UNO-Weltkonferenz in Mexico-City teilgenommen hatte, berichtete über dieses Ereignis. Da in unserem Land von den Massenmedien nur in geringem Mass und widersprüchlich informiert worden war, geben wir das Referat in leicht gekürzter Form wieder.

«Gleichstellung, Entwicklung, Friede»

Die als Höhepunkt des Internationalen Jahres der Frau vom 19. Juni bis 2. Juli 1975 in Mexico-City durchgeführte UNO-Weltkonferenz stand unter den Themen «Gleichstellung, Entwicklung, Friede». Unter diesen Gesichtspunkten sollten auf internationaler Ebene Anstrengungen unternommen werden, um:

— die Gleichstellung von Mann und Frau in rechtlicher wie in tatsächlicher Hinsicht zu fördern,
— die volle Integration der Frau im wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Bereich zu sichern, und
— die wichtige Rolle der Frau und ihren wachsenden Beitrag zur Erhaltung und Stärkung des Friedens zwischen den Völkern anzuerkennen.

Die Konferenz von Mexico ist mit vielen Vorschusslorbeeren bedacht worden. Nie zuvor an einer internationalen Konferenz haben so viele Staatsoberhäupter ihre Grussbotschaften überbracht. Nie haben so viele Vertreter von Massenmedien an einer internationalen Konferenz teilgenommen. Und schliesslich das Wichtigste: Nie haben so viele Frauen ihre Staaten vertreten wie in Mexico. «Die sonst schweigende Hälfte der Menschheit hat an dieser Konferenz zwei Drittel ausgemacht», so umschrieb Helvi Sipilä diese historische Tatsache.

Die Konferenzthematik und die starke weibliche Beteiligung dürfen jedoch nicht ausser acht lassen, dass es sich in Mexico nicht um einen Frauen- oder Feministenkongress, sondern um eine internationale Staatenkonferenz auf UNO-Ebene gehandelt hat. Diese Tatsache darf nicht vergessen werden, wenn heute in der Nachlese in Zeitungen, Radio und Fernsehen die politischen Ereignisse an der Konferenz und insbesondere das Verhalten der Schweizer Delegation kritisiert werden. Eine Staatenkonferenz bringt automatisch eine Bindung der Delegation an ihre Regierung und eine gewisse Sprachrohrfunktion des jeweiligen politischen Kurses mit sich. Dies wird deutlich, wenn man bedenkt, dass die Aeusserungen ja schliesslich im Namen des delegierenden Staates und nicht im persönlichen Namen erfolgen.

Es ist darum falsch anzunehmen, zwischen Frauen auf internationaler Ebene bestehe so etwas wie eine natürliche Solidarität, welche die politischen Gegebenheiten in den Hintergrund treten lasse. Auch Frauen sind nicht in der Lage, die bestehenden politischen und ökonomischen Schwierigkeiten unserer internationalen Gesellschaft in 14 Tagen zu lösen, sondern müssen sich mit weltweiten Realitäten abfinden.

Schwer überbrückbare Unterschiede

Dies wurde besonders deutlich im Gespräch mit Vertreterinnen der Dritten Welt, für die diese Konferenz wohl am ehesten

konzipiert war. In diesen Ländern sind es vor allem die Frauen, welche die Lasten von Krieg, Bevölkerungsexplosion, Hunger, Krankheiten und Armut zu tragen haben. Die Konferenz erschien deshalb als die geeignete Plattform, ihre Probleme auf die Tagesordnung zu bringen, Probleme, die in unserer Vorstellungswelt nur am Rande und bedingt mit der Konferenzthematik in Zusammenhang stehen. Aber kann man es Frauen, die täglich das Elend ihrer Bevölkerung vor Augen haben, übelnehmen, dass sie andere Schwerpunkte setzen wollen als ihre glücklicheren und privilegierteren Schwestern aus den reichen Industrienationen? Hat die Vertreterin aus Vietnam nicht recht, wenn sie darauf hinweist, dass zuerst Friede herrschen muss, bevor an Entwicklung und Gleichberechtigung gedacht werden kann? Was wollen wir der Delegierten aus Äthiopien oder Indien entgegnen, wenn sie, angesichts des Kampfes ums nackte Dasein eines grossen Teils ihrer Bevölkerung, die Sicherung des täglichen Nahrungsbedarfs und des wirtschaftlichen Auskommens als wichtiger betrachtet als unsere Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit? Hat sie nicht recht mit dem Ausspruch, dass in den Armengebieten dieser Welt weitgehende Gleichheit zwischen den Geschlechtern bestehe, indem Mann und Frau in gleicher Weise einen täglichen Kampf ums Überleben führen?

Solche und ähnliche Fragen, die natürlich eine enorme politische Sprengkraft in sich tragen, lassen sich an einer derartigen Konferenz nicht einfach ausklammern. Wer teilgenommen hat, spürte von allem Anfang an, wie tief die Kluft und wie gross das kulturelle, soziale und wirtschaftliche Gefälle zwischen uns und diesen Frauen ist. Diese Kluft müsste zuerst überwunden werden, um auf gemeinsamer Basis über Gleichberechtigung der Frau sprechen zu können. Dazu fehlten aber in den zwei Wochen nicht nur die Zeit, sondern vielfach auch das nötige Verständnis und Einfühlungsvermögen in die Probleme des andern. Nur in den Pausen, sozusagen hinter den Kulissen, gelang es, eine verständnisvollere Atmosphäre von Frau zu Frau aufzubauen. Hier, wo die Staatsräson in den Hintergrund trat, wurde vieles ausgesprochen, das in den offiziellen Debatten nicht zum Ausdruck gelangte. Hier konnte man vernehmen, was es bedeutet, in einem lateinamerikanischen Land mit seinem alles beherrschenden Machismo, Geburtenregelung betreiben zu wollen. Was es heisst, als Frau in Ländern mit grosser Arbeitslosigkeit eine Stellung zu finden. Was es bedeutet, als Frau zwar chancengleich, aber unter einem System der Zwangswirtschaft voll in den Arbeitsprozess integriert zu sein.

Alle diese Probleme gelangten in den offiziellen Stellungnahmen kaum oder nur beschränkt zum Ausdruck. Ein amerikanischer Journalist hat es treffend so beschrieben, dass die Generalversammlung ein Ort sei, wo es sich niemand leisten könne, sich en public zu erheben und vernünftig zu reden, da er sonst bei sich zu Hause als Verräter betrachtet würde. Aber auch das unsichtbare Netz, das zwischen Vertreterinnen aus Ost und West, aus Industrienationen und aus Entwicklungsländern sozusagen privat gesponnen wurde, reichte nicht aus, in den Sitzungen politische und wirtschaftliche Differenzen der verschiedenen Interessengruppen zu überwinden. Auch Frauen können eben nicht Freunde sein, wo die Männer Feinde sind. Die Konstellation zur Verpolitisierung

der Konferenz war somit von allem Anfang an gegeben.

Schon bald zeichnete sich eine Blockbildung zwischen den Entwicklungsländern, unterstützt von den Ostblockländern, und den westlichen Industriestaaten ab. Die Entwicklungsländer, die sogenannte Gruppe der 77, wollten die Probleme der Frau nicht lösen, ohne dass gleichzeitig auch die Probleme der neuen Weltwirtschaftsordnung, des Kolonialismus, Rassismus, der Apartheid usw. gelöst werden. Immer wieder wurde hervorgehoben, dass nur eine Zusammenarbeit zwischen reichen und armen Ländern Fortschritte bringen könne. Es wurde mit Nationalisierung internationaler Gesellschaftskonzerne gedroht und gleichzeitig die Bettelhand nach finanzieller Unterstützung von Entwicklungsprojekten ausgestreckt. Man konnte um den Verdacht nicht herumkommen, dass viele dieser Länder die Tendenz haben, das Frauenproblem bei sich zu Hause auf eine internationale Ebene abzuschieben und den Sündenbock nicht bei sich, sondern bei den andern zu suchen. Die westlichen Länder sahen demgegenüber keinen direkten Zusammenhang zwischen Emanzipation — ein Wort, das man überhaupt kaum hörte — und den aufgeworfenen wirtschaftlichen und politischen Problemen. Immer wieder versuchten zum Beispiel die sehr starken englischen, französischen, australischen und deutschen Delegationen das Schwergewicht der Diskussionen auf sachbezogene Themen zu lenken. Aber selbst diese wurden von politischen Nebengeräuschen begleitet.

In beiden Lagern wurde erstaunlich wenig von Menschenrechten gesprochen, um die es an dieser Konferenz wohl am ehesten gegangen wäre. Statt dessen wurden immer wieder Themen auf die Tagesordnung gebracht, auf die viele Delegierte nicht vorbereitet oder nur ungenügend gerüstet waren. Dies wirkte sich für die Frauen, die ja meist zum erstenmal auf internationalem Parkett in Erscheinung traten, so aus, dass sie nur noch zu Wortüberbringerinnen der auf dem UNO-Parkett erfahreneren und versierteren Männer wurden.

Gemeinsame Feststellungen

Trotz der hochpolitischen Begleitmusik, die oft alles andere zu übertönen drohte, kam es zu Feststellungen, die gerade für die Frau der Dritten Welt von wesentlicher Bedeutung sind, und die eine Basis für ihre rechtliche und tatsächliche Gleichstellung mit dem Mann bilden können:

1. Die Frauenfrage ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und kann nicht isoliert betrachtet werden,
2. der weltweit bestehende Analphabetismus und der Bildungsrückstand der Frau bilden wesentliche Hindernisse ihrer Entwicklung,
3. es besteht ein direkter Bezug zwischen Kinderzahl und Stellung der Frau in der Gesellschaft.

So banal diese Feststellungen für uns klingen mögen, so bedeutungsvoll werden sie, wenn man bedenkt, dass sie offiziell an einer internationalen Staatenkonferenz als Grundlage der zu ergreifenden Massnahmen auf nationaler Ebene betrachtet wurden. Nur wer persönlich erlebt hat, was es heisst, einen Konsens unter 134 Staaten der verschiedensten politischen und ideologischen Richtungen herbeizuführen, mag ermessen, wie wichtig diese drei Feststellungen sind.

Insbesondere die Frage der Geburtenbeschränkung und Familienplanung ent-

fachte heisse Diskussionen im Lager der südamerikanischen Staaten. Geführt von Kuba wehrten sich verschiedene Stimmen unter ihnen heftig gegen jede Geburtenregelung mit dem Argument, dies sei ein schmutziger Trick der Industrieländer, um die Probleme der Dritten Welt zu lösen und als Mittel gegen die drohenden Gesundheits- und Ernährungsprobleme einzusetzen.

Abstimmung über 20 Resolutionsvorschläge

Betrachtet man das nach zwei Wochen vorliegende Resultat in Form von Resolutionen und eines Weltaktionsplanes, stellt man fest, dass die überwiegende Mehrzahl rein themenbezogen und sachlich sind. Nach Abschluss der Generaldebatte lagen insgesamt 58 Resolutionen vor, die in folgende Kategorien gegliedert werden können:

— Der zum Jahr der Frau geschaffene UN-Fonds für Frauen sollte weitergeführt bzw. in eine Art Weltbank für Frauen umgewandelt werden
— Gründung eines internationalen Forschungsinstitutes für Frauen, das die im Jahr der Frau aufgenommenen Studien weiterführen und Vorschläge für die Verbesserung der Situation in einzelnen Regionen ausarbeiten würde
— Förderung der politischen Beteiligung der Frau auf allen Stufen
— Hebung der Erziehung und Ausbildung
— Schaffung von Lebenshilfen, welche die Doppelbelastung der Frau durch Familie und Beruf erleichtern würden
— Unterstützung der Frauen in ländlichen Zonen
— Schaffung der gesetzlichen Basis für die Rechtsgleichheit der Frau
— Massnahmen gegen die Ausbeutung der Frau durch Prostitution
— Massnahmen zur Hebung der Stellung der Frau in der Familie
— Verbesserte Darstellung der Frau in den Massenmedien
— Förderung der Chancengleichheit der Frau im System der Vereinten Nationen.

Auf dem Verhandlungsweg konnten themengleiche Resolutionen vereinigt werden, so dass schliesslich zwanzig Resolutionsvorschläge in der Kommission zur Abstimmung gelangten.

Nicht zu vergessen ist neben den Resolutionen der **10-Jahres-Aktionsplan,** der unter Zurückstellung von fast tausend Änderungsanträgen genehmigt worden ist. Dieser Aktionsplan richtet sich an Regierungen, nichtstaatliche Organisationen und Frauenverbände und zeigt die Richtung auf, in der innerhalb der nächsten zehn Jahre die Integration der Frau weltweit gefördert werden sollte.

Dieses einzigartige Dokument sieht nicht nur rechtliche und theoretische Massnahmen zur Förderung der Frau vor, sondern geht tief in praktische Details, indem beispielsweise frauenfreundliche Wohnungen und Siedlungen mit arbeitserleichternden Einrichtungen angeregt werden. Viele dieser Anregungen sind auf die Dritte Welt zugeschnitten, **eine ganze Reihe von Massnahmen entspricht jedoch alten Postulaten der schweizerischen Frauenbewegung** und sollte deshalb auch in unserem Land Beachtung finden. Dazu gehören:

— Schaffung spezieller staatlicher Organismen für die Frauenfrage (der Bundesrat beabsichtigt, 1976 eine Kommission für Frauenfragen einzusetzen)

— Verankerung des Prinzips der Gleichberechtigung von Mann und Frau in Verfassung und Gesetzen (durch die lancierte Initiative angestrebt)
— Anerkennung und statistische Bewertung der unentgeltlichen Frauenarbeit im Haushalt und auf sozialen Gebieten
— Politische Integration der Frau auf allen Stufen
— Vermehrte Mobilisierung der Frau zur Teilnahme am politischen Leben
— Bessere Frauenausbildung
— Education permanente
— Gleicher Schulunterricht für Knaben und Mädchen
— Ausbildung entsprechend den individuellen Fähigkeiten, nicht nach Geschlechtszugehörigkeit
— Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
— Gesetzgebung für den Mutterschaftsschutz
— Gleiche Rechte und Pflichten in der Familie
— Hälftige Teilung der Errungenschaft bei Auflösung der Ehe.

Es wäre wünschenswert, wenn die Schweiz im Rahmen ihrer Möglichkeiten darum bemüht wäre, die unser Land betreffenden Punkte des Weltaktionsplanes innerhalb der vorgesehenen zehn Jahre zu erfüllen. Erfolg oder Misserfolg einer internationalen Konferenz lässt sich nämlich nicht nur daran messen, was am letzten Konferenztag «auf dem Tische liegt», sondern insbesondere daran, was die beteiligten Staaten in Zukunft daraus machen.

Gesucht: Ein neues Image

Seminar des Schweizerischen Verbandes für Frauenrechte in Mümliswil SO

Mitte November führte der Schweizerische Verband für Frauenrechte in Mümliswil SO eine Studientagung durch, an welcher Überlegungen über die zukünftigen Aufgaben unseres Dachverbandes und seiner Sektionen angestellt wurden. Angeregt hatte diese Tagung die Gruppe «Kontakt», eine Reihe junger Mitglieder, die sich zuerst im Welschland für besondere Aktionen zusammengefunden und jetzt auch in der deutschen Schweiz Zuzug erhalten hat. Für die Zukunft unseres Verbandes wird es von ganz besonderer Bedeutung sein, dass sich junge Frauen für sein Ziel — Gleichberechtigung auf allen Ebenen — engagieren und dass die Jungen die von früheren Generationen aufgegriffenen Aufgaben übernehmen und weiterführen.

Die heutige Situation

Ausgangspunkt für den Blick in die Zukunft bildete eine Analyse der gegenwärtigen Situation. Es musste festgestellt werden, dass alle Sektionen im Jahr 1971 Mitglieder verloren. Viele alte Kämpferinnen glaubten sich nach Einführung des Frauenstimmrechtes auf Bundesebene am Ziel. Die Einsicht, dass erst eine Etappe, aber noch nicht das Endziel erreicht sei, vermochte sich nur langsam durchzusetzen. Dass diese Einsicht im Wachsen begriffen ist, beweist das leichte Zunehmen der Mitgliederzahl seit 1972.

Das Durchschnittsalter der heutigen Mitglieder — 55 Jahre — ist ziemlich hoch. Es gilt also, mehr und mehr junge Frauen für die Arbeit des Verbandes zu interessie-